

Offener Brief

**Für eine menschenwürdige Unterbringung!
Missstände in der Notunterkunft Levetzowstraße beseitigen
Private Heimanbieter in die Pflicht nehmen**

an Mario Czaja, Senator für Gesundheit und Soziales

an Franz Allert, Präsident des Landesamtes für Gesundheit und Soziales

an Wilhelm Pleß, GIERSO BoardingHaus GmbH

an Bezirksbürgermeister Dr. Christian Hanke, SPD

Seit August 2013 sind wir als unabhängige Freiwilligeninitiative im Sozialwohnheim Levetzowstraße aktiv, um dessen knapp 280 Bewohner zu unterstützen. Ausgelegt ist das Heim für 200 Personen, es gehört damit zu den am stärksten überlasteten Heimen von Berlin. Zu den Bewohnern gehören mehr als 100 Kinder aller Altersgruppen. In nur wenigen Wochen gelang es uns, ein umfangreiches Programm für die Bewohner des Heimes auf die Beine zu stellen, das seit über zwei Monaten ohne Unterbrechung sechs Tage in der Woche stattfand: ein zweistündiges Kinderatelier von Montag bis Freitag, Kindertanzen am Freitag, am Samstagvormittag Sport und Kinderkino am Abend. Es wurden gemeinsame Sonntagsausflüge organisiert und Übersetzungshilfe bei Arztbesuchen und Behörden geleistet. Für die Eltern wurden zwei Sprachkurse pro Woche angeboten. Wir bestehen aus ca. 20 aktiven Mitgliedern und 40 Unterstützern. Wir erhalten inzwischen täglich eMails von Menschen, welche ebenfalls helfen wollen, darunter viele Nachbarn.

Leider müssen wir diese engagierten Menschen im Moment enttäuschen. Seit Montag, dem 4.11. befinden wir uns im Streik, da uns auf Grund der Untätigkeit, Schikanen und falsche Vorwürfe von Seiten der Betreiberfirma die Basis für eine erfolgreiche Arbeit in dem Heim Levetzowstraße weggebrochen ist.

Schon seit Beginn der Initiative war die Unterstützung der privaten Betreiberfirma GIERSO GmbH minimal. Man schloss uns ein unbenutztes Kinderzimmer auf, das aber auf wiederholte Bitte nicht einmal mit Kindersicherungen, Stiften oder Papier für den Unterricht ausgestattet wurde¹. Man schloss uns zudem einen vollständig leeren Raum auf, mit der

¹ „Zum Malunterricht haben erhielten wir Ende August einen so genannten “Kindergartenraum”. Wir brachten unsere Möbel (Tische und Regale) und das Material (Farben, Pinsel, Klebestifte, Papier, Karton, Schere, Bücher)

Empfehlung, doch Spenden zu sammeln, um diesen in einen Gemeinschaftsraum zu verwandeln. Letztendlich wurden Materialien für die Kurse im Wert von über 1000 Euro von den Teilnehmern selbst getragen - dies zusätzlich zu den auf Flohmärkten und privat gesammelten Möbel- und Kleiderspenden.

Nachdem wir auch noch die Heimleitung darauf hinwiesen, dass die vertraglich verankerten Mindeststandards für Asylbewerberunterkünfte in Berlin eigentlich die Einrichtung von Gemeinschaftsräumen durch die Betreiberfirma vorsehen, und sich im Laufe des Gesprächs herausstellte, dass im Vertrag mit dem Land Berlin eine tägliche Kinderbetreuung vereinbart war, die aber offensichtlich seit Monaten nicht existierte, wurde die Stimmung geradezu feindselig.

Zumindest konnten wir erreichen, dass die Toilettüren wieder aufgeschlossen wurden, welche die Heimleitung als Disziplinarmaßnahme zwei Wochen verschlossen hielt, so dass nicht nur Frauen aus traditionelleren Gesellschaften bei den uniformierten Wachleuten regelmäßig darum bitten mussten, ihre Notdurft verrichten zu dürfen.

In der folgenden Zeit wurde unser Kinderatelier mit den oft 20-30 Kindern mehrfach von der Heimleitung unterbrochen, um uns für Nebensächlichkeiten und kleine Missverständnisse zu ermahnen, die auf unser Nachhaken zugesagte Kinderbetreuung erschien nicht, der Gemeinschaftsraum blieb weiterhin ohne Möbel, die Steckdosen im Kinderzimmer ohne Sicherungen.

Ein erfolgreiches, auf unsere Initiative hin vom Land finanziertes und mit der Heimleitung abgesprochenes Konzert für die Bewohner, für das sich die Heimleiterin zunächst im Namen der Bewohner bei uns bedankte, ein Konzert, bei dem Kinder, Bewohner und Gäste bei nichtalkoholischen Getränken fröhlich beieinander standen, tanzten und sangen, wurden im Nachhinein als Veranstaltung diskreditiert, an der "Betrunkene und unter Drogen stehende Personen" teilgenommen hätten - Vorwürfe, die auf Grund der schweren Nachprüfbarkeit gut geeignet sind, um die Initiative gegenüber Dritten zu diffamieren, und von den eigentlichen Problemen abzulenken (Es soll hier nur angemerkt werden, dass der uniformierte Sicherheitsdienst des Betreibers am Eingang und während der Veranstaltung ständig präsent war, und jederzeit hätte einschreiten können und müssen, wenn es solche Probleme auch nur ansatzweise gegeben hätte).

Auf Grund dieser Anwürfe und Schikanen sehen sich unsere - eigentlich hoch motivierten - Freiwilligen zurzeit nicht in der Lage, ihre Arbeit mit den Kindern und Erwachsenen des Heims fortzusetzen. Wir fordern, dass sich der Betreiber bemüht, die größten Missstände zu beseitigen, und den Einsatz der Freiwilligen zu respektieren, statt diesen zu behindern und zu diffamieren.

selbst mit. Der Raum war klein (allein das sprach dafür, dass der Raum bei einer so hohen Anzahl der Kinder nicht als Kindergarten geeignet war) und war bereits mit 10 Kindern gefüllt. Zum Unterricht erschienen aber bis zu 30-35 Kinder. Die Kinder mussten im Knien malen, ein Teil der Kinder mussten wir im Gang zum Malen unterbringen. Wir fragten die Leitung nach zusätzlichen Möbeln (Tischen, Stühle) und auch neuen Räumlichkeiten (so wie es sich später herausstellte, stehen im Haus große Räume leer). Es passierte wochenlang nichts.“

Wenn die GIERSO GmbH nicht willens ist, eine menschenwürdige Unterkunft zu gewährleisten, und ihre vertraglichen Verpflichtungen gegenüber dem Steuerzahler zu erfüllen², sollte diese als Betreiberin des Sozialwohnheims Levetzowstraße unverzüglich abgelöst werden, und von künftigen Auftragsvergaben ausgeschlossen werden.

Wir fordern:

1. Die jederzeitige Verfügbarkeit von warmen Duschwasser

Wie uns der Flüchtlingsrat mitteilte, fielen bei einer Begehung scheinbar unbenutzte Duschen auf. Die Vertreter der GIERSO GmbH begründeten dies unter anderem mit der "mangelnden Waschbereitschaft" der Bewohner. Besonders Personen dem jugoslawischen Raum (gemeint waren vermutlich Sinti und Roma) wären oft "dankbar, wenn man sie an das Waschen erinnert". Bei einer Nachprüfung stellte sich jedoch heraus, dass das heiße Wasser abgestellt war, was erklären konnte, warum diese Duschen nicht genutzt wurden.

2. Mindestens 7 funktionierende Waschmaschinen und Trockner

Die mit dem LaGeSo vertraglich garantierten Mindeststandards³ erfordern "Wasch- und Trockenautomaten in ausreichender Anzahl". Zurzeit existieren für fast 300 Bewohner nur 5 funktionsfähige Waschmaschinen und 4 Trockner. Die Wartezeiten zum Waschen von Wäsche betragen nach Auskunft der Bewohner bis zu 14 Tagen. Solche Wartezeiten sind in unseren Augen ein klarer Indikator nicht ausreichender Waschkapazitäten, und damit ein Verstoß gegen die Standards. Problematisch sind mangelnde Waschkapazitäten insbesondere wegen der oft begrenzten materiellen Situation vieler Flüchtlinge, und der Anwesenheit vieler Kinder im Heim.

Büromitarbeiter der Betreiberfirma GIERSO GmbH, die (gemäß den Mindeststandards) eigentlich Bewohner beraten, Kita-Plätze vermitteln und Arzttermine besorgen sollten, sind daher vor allem mit dem Verwalten der knappen Ressourcen beschäftigt. Die Mitarbeiter bezeichneten diese Situation im Gespräch mit der Initiative dennoch als "luxuriös".

Zum Vergleich: Die ebenfalls umstrittene Notunterkunft Grünau der PeWoBe GmbH besitzt laut Angaben des Landes 5 Waschmaschinen sowie 5 Wäschetrockner für 142 Personen⁴. In Berliner Obdachlosenheimen gilt als Grundregel 1 Waschautomat und 1 Trockenautomat auf 20 Personen⁵ - dies entspräche im Falle der Levetzowstr. ganzen 14 Waschmaschinen.

Die Betreiberfirma hingegen behauptet, dass eine weitere Anschaffung von Waschmaschinen nicht möglich sei, da "die Rohre" des ehemaligen Schulgebäudes für weitere Waschmaschinen "nicht geeignet" wären.

² Siehe Anlage 2 der Kleinen Anfrage 17/12406 im Abgeordnetenhaus: GIERSO erhält von der Stadt für jeden Flüchtling in der Levetzowstraße eine Pauschale von 21,16 € für die Unterbringung und 10,03 € für Verpflegung. Das Heim gehört damit aus Sicht des Landes zu den vergleichsweise teureren Heimen. Der Wohnraum für eine sechsköpfige Familie alleine kostet dem Land damit mehr als 630 € * 6 = 3780 € pro Monat. Hier stellt sich die Frage, ob für das Land eine Unterbringung in Wohnungen statt in ungeeigneten Notunterkünften nicht die kostengünstigere und gleichzeitig humanere Lösung wäre. Siehe auch: http://www.fluechtlingsrat-berlin.de/print_pe2.php?post_id=642

³ LaGeSo Qualitätsanforderungen der Berliner Unterbringungsleitstelle vom 26.10.2012, siehe u.a. hier: http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/Reader_Boell_Wohnen_Asyil_2013.pdf (Seite 12)

⁴ Kleine Anfrage im Abgeordnetenhaus Berlin; Drucksache 17 / 12 539

⁵ Kleine Anfrage im Abgeordnetenhaus Berlin; Drucksache 15 / 13 415

3. Jederzeit zugängliche Toiletten mit Toilettenpapier, Seife und Mülleimern in den Kabinen; zügige Reparatur defekter Sanitäranlagen

Wie oben erwähnt, wurden die Toiletten wurden auf unsere Initiative hin wieder aufgesperrt - hier handelte es sich um einen klaren Verstoß gegen die Standards.

Die Grundausrüstung fehlt jedoch weiterhin. Insbesondere halten wir es für unrealistisch zu erwarten, dass die zahlreichen unbetreuten Kinder aller Altersgruppen im Haus ständig mit Toilettenpapier und Seife herumrennen. Insofern wäre eine entsprechende Nachrüstung mit Seifen- und Papierspendern - wie sie in anderen Heimen auch praktiziert wird - überfällig.

Mülleimer in den Kabinen insbesondere der Frauentoiletten könnten helfen, Probleme mit der Spülung zu vermeiden. Defekte Spülungen wurden nicht bemerkt und auch nach Meldung nicht repariert. Stattdessen wurde den Bewohnern im Gespräch mit der Heimleitung mangelnde Hygiene vorgeworfen, eine Erhöhung der Putzfrequenz hingegen, wie vom Flüchtlingsrat gefordert, wurde hingegen im Vorneherein schon als "sinnlos" abgelehnt.

Zudem wiesen einige Mitglieder der Initiative daraufhin, dass in den Toiletten des Heims grundsätzlich kein Geruch von Reinigungsmitteln zu bemerken ist.

4. Werktägliche Kinderbetreuung

Nach Eigenauskunft des Betreibers ist mit dem Land eigentlich eine Kinderbetreuung für das Heim vereinbart, bisherige Kandidaten wären jedoch abgesprungen, und es sei "in Berlin schwierig eine Kinderbetreuung zu finden", eine Aussage, die nicht nur vom Flüchtlingsrat bezweifelt wurde.

Aus Gesprächen mit den Bewohnern und dem Zustand der Zimmer vermuten wir zudem, dass es seit der Eröffnung des Heims Anfang 2013 abgesehen von Freiwilligen kein Personal existierte, das regelmäßig Kinder betreute.

In diesem Zusammenhang ist zu vermerken, dass Verträge mit den Betreibern von Notunterkünften in Berlin üblicherweise eine Regresspflicht gegenüber dem Land vorsehen, wenn innerhalb von 4 Wochen kein Ersatz für eine vertraglich vereinbarte Personalstelle gefunden werden kann, bzw. der Einsatz dieser Fachkraft im Nachhinein nicht eindeutig an Hand des Personalplans nachgewiesen werden kann. Der Vertrag mit der Levetzowstraße liegt uns leider noch nicht vor, erhält aber sicherlich einen ähnlichen Passus.

Auf unser Drängen hin wurde uns nach mehreren Wochen eine Kinderbetreuung vorgestellt, die aber tatsächlich nicht mit der Arbeit begann.

5. Hort- und Kita-Anmeldung für Kinder

Kinder von Asylbewerbern, die länger als drei Monate im Land sind, besitzen das Recht⁶, eine Kita zu besuchen. Unseres Wissens ist jedoch fast kein Kind im Heim bei einer Kita angemeldet, obwohl dies eine sinnvolle Ergänzung wäre, um die Kundenbetreuung im Heim zu entlasten. In der Umgebung des Heims existieren zudem Kitas mit freien Plätzen, es handelt sich daher um ein Versäumnis der von GIERSO angestellten, und vom Land bezahlten Sozialarbeiter.

⁶ RBB aktuell: Flüchtlingskinder haben Recht auf Kita-Platz

<http://www.rbb-online.de/politik/thema/streit-um-fluechtlingsheime/beitraege/kita-bildung-fuer-fluechtlingskinder-berlin.html>

6. Ausgabe von Winterkleidung an die Flüchtlinge

7. Jederzeitige Entgegennahme von Sachspenden aus der Bevölkerung

8. Weitergabe der Sachspenden an die Flüchtlinge

Der so genannte "Spendenraum" befindet sich im Erdgeschoss. Zwei unserer Freiwilligen befanden sich mehrfach in diesem Raum. Diese Leute können bezeugen, dass der Raum mit Spenden vollgestopft ist. Auch 3 Kinderwägen wurden gesehen - in der gleichen Zeit besorgte unsere Gruppe zwei Kinderwägen für Familien mit mehreren Kindern, die einen Kinderwagen akut benötigten. Die Gegenstände in den Kartons und Müllsäcken waren unsortiert und lagen auf dem Boden. Im Raum standen keine Regale. Auf unsere Nachfrage hin, wie die Spenden verteilt werden, bekamen wir die Antwort: "Regelmäßig laden wir ein bis zwei Familien in den Raum ein und sie dürfen sich dann dort Sachen aussuchen". Unserer Ansicht nach, so wie der Raum "ingerichtet" wurde, konnte dort keine gerechte Verteilung der Spenden erfolgen.

Wir haben Familien befragt, manche Familien, die seit mehreren Monaten im Heim lebten. Diese waren nur einmal in dem Spendenraum, oder gar nicht. Wir fordern von der GIERSO GmbH daher ein nachvollziehbares und nachprüfbares Verfahren für die Verteilung von Spenden.

Wir, als Gruppe, sorgten selbst für weitere Spenden. Da wir kein Vertrauen gegenüber der Heimleitung in Frage "Verteilen von Spenden" mehr hatten, verteilten wir die Sachen selbst direkt an die Familien. Als an einem Tag zu viele Spenden gebracht wurden, um diese an einem Abend zu verteilen, trugen wir die Sachen in den Spendenraum. Am nächsten Tag bekamen wir von der Leitung Vorwürfe zu hören: "Wir sollen bitte Spenden nur nach Absprache bringen. Es sei Unordnung angerichtet worden, wir mögen doch bitte im Haus aufräumen". Eine solche Forderung war eine klare "Bestrafung" und dazu gedacht, die direkte Verteilung von Spenden ohne Kontrolle der GIERSO zu unterbinden.

9. Einrichtung des bisher leerstehenden Aufenthaltsraumes und Zugangsmöglichkeit für die Flüchtlinge

Gemäß den Mindeststandards des LaGeSo muss das Heim mindestens einen Aufenthaltsraum pro Etage besitzen, der auch für kulturelle und religiöse Zwecke geeignet sein muss. Darunter mindestens einen mit Fernsichtmöglichkeit. Ein mit Tischen und Stühlen ausgerichteter Gemeinschaftsraum wäre ein erster Schritt zum Erreichen dieses Standards. Die Initiative ist gerne bereit, hier beizutragen, jedoch ist die Grundausstattung Pflicht des Betreibers.

10. Bereitstellung von mindestens 3 Computern mit Internetzugang

Die Mindeststandards des LaGeSo erfordern einen Internetanschluss und mindestens einem Computer pro 100 Personen. Ein Internetzugang ist wichtig für die Kommunikation mit Verwandten, Informationen über das Gastland und den Asylprozess, die Kommunikation mit Anwälten usw. Dies ist auch in zahlreichen Berliner Heimen inzwischen üblich. Nach Aussage des Betreibers wäre dies jedoch logistisch schwer zu lösen, und es würden vermutlich "zu große Datenströme" verursacht. In einigen anderen Heimen und unzähligen Internetcafés sind diese Probleme jedoch erfolgreich gelöst worden, und sollten auch in der Levetzowstraße lösbar sein, zumal die Freiwilligeninitiative hier gerne bereit ist, bei der Realisierung zu beraten.

11. Ausrüstung des Kinderzimmers mit Kindersicherungen in den Steckdosen

Auf unsere mehrfache Nachfrage, den ehemaligen Chemieraum mit Kindersicherungen (Steckdosen und Fenster) auszustatten, willigte die Leitung zwar ein (das wurde sogar aufgeschrieben), sie unternahm aber nichts.

Zu unseren täglichen Unterrichtsstunden kommen zu uns in den Raum bis zu 35 Kinder im Alter zwischen 2 und 14 Jahren. Die kleinen Kinder erreichen Steckdosen und Fenster sehr leicht. Mit dieser Gefährdungslage können wir nicht arbeiten, das wäre grob fahrlässig.

Über unsere elf aktuellen Forderungen hinaus existieren noch einige grundsätzliche Mängel, die mit dem Status des Heims als "Notunterkunft" begründet werden. Jedoch wird in der Notunterkunft Levetzowstraße auch der Standard anderer Notunterkünfte noch unterlaufen. So ist es - anders als sonst in Berlin üblich - Flüchtlingen in den ersten drei Monaten nicht gestattet, die wenigen vorhandenen Küchen zu verwenden, was auch durch Sicherheitsleute an Hand von Berechtigungslisten geprüft wird. Zudem berichteten auch Flüchtlinge, die sich länger als drei Monate im Heim befanden, dass ihnen aus unterschiedlichen Gründen (z.B. baldiger Transfer) die Kochberechtigung verweigert wurde. Das vom Heim bereitgestellte Essen wird dabei im Vergleich zu anderen Heimen überwiegend als "schlecht" bewertet.

Zweitens sind viele Flüchtlinge in Klassenräumen untergebracht, die durch Sperrholzplatten und Vorhänge in kleinere Zimmer (jedoch ebenfalls Mehrbettzimmer) unterteilt sind. Eine solche Raumtrennung garantiert weder den Schutz vor Lärm, noch den Schutz der Privatsphäre.

Das Heim Levetzowstraße wurde Anfang 2013 als sog. "Notunterkunft" eröffnet, der Vertrag vor kurzem um ein Jahr verlängert. Die Aufenthaltszeit der Flüchtlinge beträgt mindestens drei Monate, teilweise aber auch deutlich länger. Das Heim Levetzowstraße unterscheidet sich damit weder in der Laufzeit, noch in der Aufenthaltsdauer der Flüchtlinge von den regulären Gemeinschaftsunterkünften.

Wird der Status "Notunterkunft" (und damit ein Ausnahmezustand) zur Normalität, so handelt es sich dabei um nichts weiter als eine Aushöhlung der Standards für die humanitäre Unterbringung von Flüchtlingen⁷.

Wir fordern daher sowohl den Betreiber, als auch das LaGeSo auf, klarzustellen, welche Ausnahmen von den Standards mit dem Land tatsächlich vereinbart sind, und einen Plan vorzulegen, wie und in welchem Zeitraum das Heim Levetzowstraße an die Standards einer regulären Gemeinschaftsunterkunft herangeführt werden kann.

⁷ Flüchtlingsrat Berlin: Senat versagt bei der Unterbringung von Flüchtlingen (19.07.13) http://www.fluechtlingsrat-berlin.de/print_pe2.php?post_id=642 und Kleine Anfrage im Abgeordnetenhaus Berlin: Keine Standards für die „adäquate soziale Betreuung“ von Asylsuchenden in Notunterkünften? Drucksache 17/11 320

Wir fordern das LaGeSo auf, schnellstmöglich eine Prüfung der Levetzowstraße auf die Erfüllung der Mindeststandards und der Vertragsvereinbarungen, inklusive der Einhaltung des Personalschlüssels zu veranlassen. Die Tatsache, dass das Land aus Personalmangel die Einhaltung der von ihm geschlossenen Verträge mit den Betreibern zurzeit nicht nachprüft⁸, grenzt in unseren Augen an Veruntreuung von Steuergeldern.

Im Übrigen benachteiligt das aktuell herrschende "Wild-West-System" auf dem Markt für die Unterbringung von Flüchtlingen gemeinnützige und karitative Betreiber, die sich aus ihrem eigenen Selbstverständnis heraus nicht über die Mindeststandards hinwegsetzen wollen.

Wir fordern die GIERSO GmbH auf, neben nachweisbaren Fortschritten bei den angesprochenen Punkten auch grundsätzlich die Bereitschaft zu signalisieren, mit engagierten Freiwilligen zu kooperieren, auch wenn diese auf Mängel hinweisen.

Zweitens dürfen Ehrenamtliche nicht mehr dazu missbraucht werden, privatwirtschaftlichen Unternehmen Verpflichtungen abzunehmen. Es spricht Bände, dass laut unseren Kontakten im Heim seit dem Beginn des Streiks unserer Initiative die GIERSO GmbH zum ersten Mal selbst ein Kinderatelier geleitet hat. Nicht ganztätig, wie es eigentlich erforderlich wäre, aber zumindest das erste Mal seit vielen Monaten. Es wäre zu begrüßen, wenn dies nicht nur der Ausdruck eines schlechten Gewissens einzelner GIERSO-Mitarbeiter wäre, sondern Anfang einer verantwortlicheren Firmenpolitik.

Diese Hoffnung ist allerdings bisher gering. Wie wir erfahren haben, hat die GIERSO GmbH unter der Leitung von Frau Pleß und der Leiterin für soziale Fragen, Frau Dolovac, inzwischen ihren Mitarbeitern verboten, weiter mit unserer Initiative zu kommunizieren.

Wir bitten die interessierte Öffentlichkeit, sowie die Vertreter aus Politik und Medien, die unkontrollierte Verteilung von Steuermitteln durch das Land Berlin an fragwürdige Immobilienfirmen zu beenden, sowie private Heimbetreiber wie die GIERSO GmbH dazu zu bewegen, eine menschenwürdige und vertragsgemäße Unterbringung zu gewährleisten.

Wir solidarisieren uns mit dem Offenen Brief⁹ der Initiative "Refugees Welcome" vom 5.11.2013 zur Situation in der Notunterkunft Grünau dem dortigen Ausschluss der Freiwilligeninitiative durch den privaten Betreiber PeWoBe GmbH (wohl nicht ganz von ungefähr handelt es sich bei dem heutigen Geschäftsführer der GIERSO GmbH, Herrn Pleß, um einen ehemaligen Geschäftsführer der PeWoBe¹⁰).

*Initiative "Neue Nachbarschaft"
Berlin, den 7.11.2013*

⁸ Auskunft der LaGeSo-Vertreter auf der Konferenz für Willkommensinitiativen am 2.11.2013. Außerdem: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/KlAnfr/ka17-12406.pdf>
http://www.fluechtlingsrat-berlin.de/print_neue_meldungen2.php?post_id=661

⁹ Refugees Welcome - Offener Brief zur Notunterkunft Wassersportallee 5.11.2013 http://www.xn--zentrum-fr-demokratie-hic.de/images/downloads/Offener_Brief_zur_Notunterkunft_Wassersportallee.pdf

¹⁰ Zum Firmenkomplex SORAT / PeWoBe / GIERSO siehe u.a. <http://www.zeit.de/1993/03/konjunkturprogramm-asyl>
<http://www.nadir.org/nadir/periodika/interim/heft/heft432/seite14.html>

Fragen und Anregungen bitte an:

eMail: neuenachbarschaft@gmail.com

Telefon: 0179-7924008

Fax: 030-700143-1396

Internet: <http://neuenachbarschaft.wordpress.com>